Aussagen für den Wahl-o-Mat

1) **Schülerinnen und Schüler müssen in der Schule mehr Mitspracherechte bekommen.**
   Die FDP Köln setzt sich für mehr Eigenverantwortung und Selbstbestimmung in der Schule ein. Dazu gehört auch, dass Schülerinnen und Schüler stärker in schulische Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Beteiligung fördert demokratisches Verständnis und Verantwortungsbewusstsein – beides zentrale Ziele liberaler Bildungspolitik.
   Außerdem sind wir für eine Stärkung der (Bezirks)-Schüler*Innenvertretungen.

2) **Die Schulen müssen Mobbing ernsthafter bekämpfen und bessere Präventions- und Interventionsmaßnahmen einführen.**
   Die FDP Köln stimmt diesem Statement klar zu. In ihrem Wahlprogramm betont sie, dass Bildung nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch Persönlichkeitsentwicklung fördern soll. Ein respektvolles Miteinander und sichere Lernumgebungen sind dafür Grundvoraussetzungen. Es entspricht außerdem dem liberalen Grundverständnis, dass jeder Mensch frei und ohne Angst leben und lernen können muss.

3) **Der ÖPNV muss besser ausgebaut werden.**
   Der ÖPNV in Köln ist katastrophal. Das Angebot wurde in den vergangenen Jahren ausgedünnt und kein Meter neue Schiene gelegt. Die FDP Köln spricht sich klar für einen besseren und flexibleren öffentlichen Nahverkehr aus. Sie fordert u. a. bessere Taktung, mehr Verlässlichkeit, neue Buslinien in Randlagen und intelligente digitale Lösungen. Ziel ist ein ÖPNV, der für alle eine echte Alternative darstellt – nicht durch Verbote anderer Verkehrsmittel, sondern durch ein attraktives Angebot. Der Ausbau des ÖPNV ist für die Liberalen Teil einer modernen, nutzerfreundlichen Mobilitätspolitik.

4) **Alle Schülerinnen und Schüler müssen ein Schülerticket erhalten.**
   Außerschulische Lernorte sind ein wesentlicher Bestandteil der pädagogischen Arbeit, doch oft sind diese nur unter hohen Kosten für Schülerinnen und Schüler (sowie für das Lehrpersonal) erreichbar - insbesondere dann, wenn kein Schüler-Deutschlandticket zur Verfügung steht. Die FDP Köln setzt sich daher für ein Deutschlandticket für alle Schülerinnen und Schüler ein, unabhängig davon, wie weit ihre Schule vom Wohnort entfernt ist. Dies würde nicht nur die Kosten für den Zugang zu unterschiedlichen Lernorten senken, sondern auch dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche den öffentlichen Nahverkehr als alltägliches Fortbewegungsmittel in der Stadt kennenlernen.

5) **Kindern und Jugendlichen müssen mehr Grünflächen als Aufenthaltsorte zur Verfügung gestellt werden.**

Die Bedeutung von Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum muss endlich wieder in den Vordergrund rücken – insbesondere für Kinder und Jugendliche. Wir setzen uns daher für wohnortnahe, sichere und attraktive Freizeitflächen ein. Auch die Öffnung von Schulhöfen außerhalb der Unterrichtszeiten gehört für uns dazu. Mehr Grünflächen für junge Menschen sind somit im Sinne einer generationengerechten Stadtentwicklung ausdrücklich gewollt.

6) **Wege, Treffpunkte und Plätze müssen besser beleuchtet werden.**
Wir Kölnerinnen und Kölner verdienen eine sichere Stadt – denn das betrifft jeden Einzelnen im Alltag. Schmuddel-Ecken und ein Gefühl der Verwahrlosung darf es in einer Stadt wie Köln nicht geben. Der öffentliche Raum muss wieder ein Ort sein, an dem man sich wohl und sicher fühlt. Wir fordern mehr Sicherheit und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Eine bessere Beleuchtung von Wegen, Plätzen und Treffpunkten trägt nicht nur zur subjektiven Sicherheit bei, sondern beugt auch realen Gefahren vor. Die Liberalen fordern, dass sich Menschen in Köln überall sicher fühlen können – insbesondere in Parks, an Bahnhöfen und auf öffentlichen Plätzen. Intelligente Stadtbeleuchtung ist dafür ein konkreter Baustein.

7) **Um Kriminalität zu bekämpfen, brauchen wir mehr zivile Polizeikräfte.**
Zwar ist die Polizei als Landesaufgabe nicht unmittelbar Thema kommunaler Wahlprogramme, doch die FDP Köln bekennt sich klar zur Stärkung der öffentlichen Sicherheit. Sie fordert etwa mehr Ordnungspartnerschaften, eine sichtbare Präsenz des Ordnungsdienstes und gezielte Maßnahmen gegen Kriminalität an Brennpunkten. Der Einsatz ziviler Kräfte kann dabei sinnvoll sein – solange er rechtsstaatlich erfolgt und zur effektiven Gefahrenabwehr beiträgt. Eine pauschale Ausweitung ohne klare Strategien würde die FDP jedoch kritisch sehen. Liberale Sicherheitspolitik setzt auf Verhältnismäßigkeit, Rechtsklarheit und Transparenz.

8) **Mit Ausweiskontrollen an den Kiosken muss verhindert werden, dass Kinder Vapes kaufen.**
Als Liberale setzen wir uns zwar für Eigenverantwortung ein, erkennen aber zugleich den Schutz von Kindern und Jugendlichen als wichtige staatliche Aufgabe an. Der illegale Verkauf von E-Zigaretten an Minderjährige widerspricht dem Jugendschutzgesetz – dessen Einhaltung durch Kontrollen sicherzustellen, ist legitim. Ausweiskontrollen an Verkaufsstellen wie Kiosken sind hier ein wirksames Mittel, solange sie verhältnismäßig umgesetzt werden und keine generelle Misstrauenskultur schaffen. Für die FDP steht dabei die Durchsetzung bestehender Regeln im Vordergrund, nicht neue bürokratische Hürden.

9) **Sexuelle Gewalt sowie verbale und körperliche Belästigung müssen härter bestraft werden.**
Die FDP Köln bekennt sich klar zur Wahrung der persönlichen Freiheit und Sicherheit jedes Einzelnen. Wir fordern gezielten Schutz insbesondere für Frauen im öffentlichen Raum und konkrete Maßnahmen wie mehr Beleuchtung, Präsenz von Ordnungskräften und niedrigschwellige Meldestrukturen aus.

Zwar sind Strafverschärfungen auf Bundesebene geregelt – also keine kommunale Kompetenz –, doch die Haltung zur konsequenten Ahndung von Gewalt- und Belästigungsdelikten ist eindeutig: Die FDP Köln will, dass bestehendes Recht effektiv durchgesetzt und nicht durch Symbolpolitik ersetzt wird. Insofern stimmt sie dem Anliegen inhaltlich zu – auch wenn die Strafhöhe nicht durch die Kommune bestimmt werden kann.

10) Die Stadt Köln muss für bezahlbaren Wohnraum für Familien und junge Erwachsene sorgen.

Die Wohnraumknappheit in Köln ist eines der drängendsten Probleme. Wir fordern daher viel mehr Tempo beim Wohnungsbau – gerade für junge Menschen, Familien und Alleinerziehende. Statt starrer Quoten oder rein staatlicher Bauprojekte setzen wir auf eine Beschleunigung der Genehmigungen, die Ausweisung neuer Bauflächen und eine Zusammenarbeit mit privaten Investoren. Wir fordern, dass zusätzliche kommunale Auflagen beim Bauen abgeschafft werden, die Investoren verschrecken.

Wir brauchen einen vielfältigen Wohnungsmarkt, auf dem durch Angebot, Wettbewerb und smarte Stadtentwicklung bezahlbarer Wohnraum entsteht – auch durch Nachverdichtung, Dachaufstockung und innovative Wohnformen. Dabei soll besonders das Bauen in die Höhe und die Umnutzung von Flächen gefördert werden, um dem Flächenverbrauch entgegenzuwirken. Wir schaffen bezahlbares Wohnen durch marktwirtschaftliche Lösungen – statt durch immer neue Regulierungen.

11) **Wir brauchen mehr Unterkünfte und langfristige Unterstützung für Obdachlose.**

Obdachlosigkeit ist in Köln eines der drängendsten sozialen Probleme. Menschen in prekären Lebenslagen dürfen nicht allein gelassen werden. Die Stadt muss ihrer Verantwortung gerecht werden – mit ausreichend Unterkünften, aber vor allem auch mit langfristigen Perspektiven für die Betroffenen.
Dabei legen wir Liberale Wert auf Hilfe zur Selbsthilfe: Neben einer sicheren Unterkunft braucht es gezielte Unterstützungsangebote – etwa beim Zugang zu Arbeit, medizinischer Versorgung oder Suchthilfe. Für die FDP ist klar: Die Stadt muss individuelle Wege aus der Obdachlosigkeit ermöglichen, statt nur kurzfristig zu verwalten. Dafür braucht es funktionierende Sozialarbeit, niedrigschwellige Hilfen und eine koordinierte Strategie über alle Ämter hinweg.

Außerdem setzen wir uns für Hitze- und Kälteschutz für Obdachlose ein.

12) Familienmitglieder von geflüchteten Menschen müssen nachkommen dürfen.

Die FDP spricht sich für eine rechtsstaatlich geordnete und integrationsfähige Migrationspolitik aus. Beim Familiennachzug setzt sie auf eine verantwortungsvolle Abwägung: Um die Kommunen nicht zu überlasten und Integration erfolgreich zu gestalten, soll der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte derzeit ausgesetzt bleiben.

13) Wir brauchen eine Wehrpflicht für Männer und Frauen.

Die FDP spricht sich klar gegen eine allgemeine Wehrpflicht aus. Stattdessen setzt sie auf Freiwilligkeit, Eigenverantwortung und ein modernes, professionelles System bei Bundeswehr und Zivilschutz. Eine Wiedereinführung der Wehrpflicht, ob für Männer oder Frauen, widerspricht dem liberalen Grundprinzip der Selbstbestimmung. Verpflichtender staatlicher Dienst passt nicht zu einer freien Gesellschaft, in der individuelle Lebensentscheidungen respektiert werden sollen.
Sicherheitspolitisch sieht die FDP in einer gut ausgestatteten und attraktiven Berufsarmee den besseren Weg. Hier gibt es genug Verbesserungspotential.

14) **Die Ukraine soll weiterhin unterstützt werden.**

Die FDP Köln steht klar hinter der Unterstützung der Ukraine – politisch, humanitär und militärisch. Auch wenn Außenpolitik keine kommunale Aufgabe ist, unterstützt die FDP die Ukraine, wo dies möglich ist. Zuletzt wurde dem Blau-Gelben Kreuz, einer Organisation zur humanitären Unterstützung der Ukraine, der Ehrenpreis der Ratsfraktion der FDP Köln verliehen. Die FDP bekennt sich zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit – Grundwerte, die in der Ukraine durch den Angriffskrieg Russlands massiv bedroht sind.

Auf kommunaler Ebene setzt sich die FDP Köln außerdem für Solidarität mit Geflüchteten aus der Ukraine sowie für deren gesellschaftliche Teilhabe ein.

15) Frauen und Männer müssen gleich bezahlt werden.

Die FDP Köln bekennt sich klar zur Chancengerechtigkeit – unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder sozialem Hintergrund. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist ein zentrales Prinzip einer fairen und leistungsorientierten Gesellschaft. Auch wenn die konkrete Lohnpolitik in der Zuständigkeit von Unternehmen und auf Bundesebene geregelt ist, unterstützt die FDP Köln Maßnahmen, die Transparenz schaffen, Diskriminierung abbauen und echte Wahlfreiheit fördern – etwa durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, flexible Arbeitszeitmodelle und mehr Frauen in Führungspositionen, auch in städtischen Unternehmen.